



## **Bericht und Beschlussempfehlung**

### **des Wirtschaftsausschusses**

#### **Mindestvergütung für Auszubildende einführen**

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 19/1239

Der Landtag hat durch Plenarbeschluss vom 15. Februar 2019 den Antrag der Fraktion der SPD „Mindestvergütung für Auszubildende einführen“, Drucksache 19/1239, federführend an den Wirtschaftsausschuss und mitberatend an den Bildungsausschuss überwiesen. Der Bildungsausschuss befasste sich in seiner Sitzung vom 21. März 2019 mit der Vorlage und schloss sich dem Votum des federführenden Ausschusses im Vorwege an. Der Wirtschaftsausschuss schloss seinerseits die Beratungen in seiner Sitzung am 11. März 2020 ab.

Im Einvernehmen mit dem Antragsteller empfiehlt der Wirtschaftsausschuss dem Landtag, den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/1239, für erledigt zu erklären.

gez. Dr. Andreas Tietze  
Vorsitzender